

Reduzierung der Reportingpflichten im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung auf ein realwirtschaftlich sinnvolles und leistbares Maß

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

der Klimawandel ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Ganz ausdrücklich unterstützen wir daher die Anstrengungen der Bundesregierung und der Europäischen Union zur Umsetzung der Ziele des Pariser Klimaabkommens. Die deutsche Wirtschaft ist sich ihrer Verantwortung bewusst und sieht sich in der Pflicht, sektorübergreifend einen Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralität zu leisten. Diese Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, darf allerdings nicht zu einer Überforderung vieler Unternehmen führen und zur Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland werden.

Vor diesem Hintergrund begegnen wir mit großer Sorge der ausufernden Regulierung hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung durch die Europäische Union. Die im Rahmen des European Green Deal entwickelten Transparenzanforderungen, u.a. die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), füllen bereits heute mehrere Tausend Seiten. Allein die Nachhaltigkeitsberichterstattung nach den European Sustainability Reporting Standards (ESRS) verpflichtet Unternehmen, potenziell über 1.000 Datenpunkte zu erheben und zu veröffentlichen.

Eine derart überbordende Bürokratie führt zur Lähmung der deutschen und europäischen Wirtschaft, da sie auf Unternehmensebene unverhältnismäßig viele Ressourcen bindet und prohibitiv hohe Kosten erzeugt. Für viele mittelständische Unternehmen dürften diese Transparenzanforderungen schlicht unerfüllbar sein. Die Überregulierung bremst die in vielen Bereichen notwendige Transformation und ersticket zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland und Europa. Zumal ein „Mehr an Information“ nicht automatisch ein „Mehr an Nachhaltigkeit“ bedeutet. Vielmehr sollte die konkrete Umsetzung von Maßnahmen im Vordergrund stehen und weiter vorangetrieben werden oder verkürzt: Taten statt Tabellen.

Wir appellieren daher an die Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene für eine massive Kürzung der Berichtspflichten im Bereich der Nachhaltigkeit einzusetzen. Transparenzregelungen müssen zweckmäßig, schlüssig und erfüllbar sein. Es bedarf daher eines pragmatischen Regelungsrahmens, der berechtigten Informationsbedürfnissen von Kapitalgebern, Kunden und Öffentlichkeit Rechnung trägt, aber keine unrealistischen Maximalanforderungen festschreibt. Nachhaltigkeitsberichterstattung muss realwirtschaftlich sinnvoll und leistbar bleiben.

Für eine klimaneutrale und wohlstandsgesicherte Zukunft Deutschlands und Europas ist ein entschlossenes und gemeinsames Handeln wichtiger denn je. Die unterzeichnenden Unternehmen stehen für diesen Schulterschluss von Politik und Wirtschaft bereit.

Für weiterführende Gespräche stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen